

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 22-23
Fernschreiber 638 950

P/X/64 - 18.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|--------------------------------------|------|
| Dokumente machen Politik | S. 1 |
| Unruhiges Südvietsnam | S. 3 |
| Mängel in der Kindergeldgesetzgebung | S. 5 |
| Freidemokratische Selbstbetrachtung | S. 7 |

Das Urte von Jalta

sp - Der wochenlange Streit zwischen London und Washington, ob die Protokolle von Jalta jetzt veröffentlicht werden sollten, hat ein fast dramatisches Ende gefunden. Angeblich ohne Befragen des amerikanischen Präsidenten ist eine über 800 Seiten umfassende Dokumentensammlung ausgegeben worden, die am Tage danach die Schlagzeilen und ersten Seiten der Weltpresse füllte.

Wer hat ein so starkes Interesse an dieser Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt gehabt? Unter innenpolitischem amerikanischen Gesichtspunkt die Republikaner, um den Demokraten bei der nächsten Präsidentenwahl, deren Vorbereitung jetzt langsam anläuft, möglichst nachdrücklich zu schaden. Auch die Eisenhower-Wahl wurde zu einem guten Teil mit dem Schlagwort bestritten, die Demokraten seien schuld an dem kommunistischen Sieg in China. Im kommenden Wahlkampf soll es nun offenbar heißen: Die gleichen Demokraten tragen die Verantwortung für die Auslieferung halb Europas an die Sowjetunion - und alles, was dem folgte. Außenpolitisch gesehen, werden an der gegenwärtigen Veröffentlichung nur solche Kreise ein Interesse haben können, die die Atmosphäre künftiger Verhandlungen zwischen den Weltmächten belasten wollen, ein Gedanke, den der Überlebende der drei Großen von Jalta, Winston Churchill, soeben offen ausgesprochen hat.

Ob die Jalta-Dokumente auf diese Begegnung der Hauptsieger des zweiten Weltkrieges wirklich in wesentlichen Fragen ein neues Licht

worfen, wird erst eine gründliche Prüfung zeigen. Einstweilen hat es nicht den Anschein. Die Grundrisse des damaligen Abkommens vom Februar 1945 sind bekannt. Hinzugekommen ist freilich manches Atmosphärische, das sich aber wieder nur aus der damaligen Situation verstehen lässt: Die Russen drangen tief in Ostpreußen und in den Warthegau ein, im Westen bereiteten die Armeen der Alliierten den Rheinübergang vor. Beide Seiten überschätzten damals noch die Widerstandskraft des Dritten Reiches.

Beim Westen, vor allen Dingen bei Roosevelt, bestand immer noch die Furcht, Hitler könnte durch eine plötzliche Schwenkung und ein Sonderabkommen mit der Sowjetunion für sich und sein Regime in letzter Minute einen Rettungsversuch unternehmen. Sie, die Westmächte, hätten dann die Alleinlast des Krieges im Westen und im Fernen Osten zu tragen gehabt, ein für sie unerträglicher Gedanke. Stalin verstand diese Situation so geschickt wie rücksichtslos auszunutzen. Er machte sich so teuer als möglich, auch im Hinblick auf Japan, dessen Kampfkraft noch nicht entfernt so schwer angeschlagen war wie die der Deutschen. In alledem lag die Ursache für die gewiss sehr gefährliche Bereitschaft insbesondere Roosevelts zu immer neuen Zugeständnissen an "Orkel Jo", wie der amerikanische Präsident seinen russischen Verbündeten - und Gegenspieler - nannte.

Gewiss war diese Haltung mit ein wichtiger Grund für die über das unerlässliche Maß weit hinausgehende Verlagerung des politischen Schwergewichts auf die russische Seite. Aber die europäische Tragik hat nicht 1945, in Jalta, begonnen, sondern einmal, als Hitler 1939, um den Krieg gegen den Westen mit freiem Rücken führen zu können, die Russen sozusagen nach Europa hereinholte, zum anderen als er dann in den Juni-Tagen 1941 in grenzenloser Vermessenheit seinen Angriff in die Sowjetunion hineintrug und dadurch West und Ost zu einem Bündnis auf Leben und Tod zusammenschweißte.

Aber seit Jalta sind zehn Jahre vergangen. Noch nicht ein halbes Jahr danach folgte Potsdam. Wurde in Jalta die Aufteilung Deutschlands in verschiedene Staaten beschlossen, so einigte man sich in Potsdam auf das Prinzip der gemeinsamen Verwaltung - im Hinblick auf die Kürze der seit der Konferenz auf der Krim verfloßenen Zeit ein erstaunlicher Wandel und ein bemerkenswerter Fortschritt. Freilich blieb das Mißtrauen, das sich schon in Jalta gezeigt hatte, die beherrschende Empfindung zwischen dem früheren Verbündeten, die sehr bald zu schärfsten Rivalen wurden. So blieb das Abkommen von Potsdam zur Erhaltung der deutschen Einheit eine theoretische Verpflichtung, Damit blieb leider auch ein Grundprinzip von Jalta bis in die heutigen Tage politische Wirklichkeit: die Teilung Deutschlands, wenn auch in anderer Form und unter anderen Umständen, als man sie damals vorgesehen hatte.

Böse Wendung in Vietnam

Saigon - Tummelplatz auseinanderstrebender Kräfte

Dr.R. Aus dem südlichen Indochina, aus Vietnam, kommen neue beunruhigende Nachrichten. Das Regime Ngo Dinh Diem ist in Gefahr, gestürzt zu werden. Der Gouverneur Tran Van Lam entging bei einem Attentat mit knapper Not dem Tode. Da es ein Parlament nicht gibt, kommt diese Bedrohung von den Repräsentanten der anderen politischen Faktoren. Das sind die Sekten Cao Dai, Hoa Hao und Bienh Xuyen, die insgesamt über etwa 50000 zum Teil recht gut bewaffnete Söldner verfügen.

In diesem Zusammenhang ist eine kleine Meldung interessant, die, aus Frankreich datiert, vor wenigen Tagen in allen Zeitungen stand. Bao Dai, Exkaiser und Staatspräsident von Vietnam, der in den Spielsälen der Riviera vergeudet, was die Reisbauern mühsam ernten, wolle nach Saigon zurückkehren. Dahinter stecken die Machenschaften der Sekten, die alle beste Beziehungen nach Cannes oder Nizza, den "Hauptquartieren" des durch keinerlei Verantwortungsgefühl belasteten Staatschefs, unterhalten. Sie haben beschlossen, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, "um das Land zu schützen und dem Volk zu dienen". So löblich dieser Entschluß angesichts der Fülle von Aufgaben ist, die auf schnelle Lösung warten - allein zwei Millionen aus dem kommunistischen Norden kommende Flüchtlinge wollen angesiedelt oder wenigstens ernährt werden - so dient auch er nur zur Tarnung eines Komplotts, darauf gerichtet, Ngo Dinh Diem zu stürzen. Hätte er nicht die Unterstützung der USA, so würde man in Saigon keinen Heller für ihn geben. Gewiß hat er Rückhalt bei den Katholiken, die als Flüchtlinge ins Land gekommen und daher fast ohne ernsten Einfluß sind. Aber jene mächtigen Sekten sind gegen ihn, und wahrscheinlich bereuen die wenigen abtrünnigen Truppenführer, die zu ihm übergangen, weil dort amerikanische Dollars und Verpflegung lockten, heute wieder ihr Tun. Wochenlang verbrachte der Ministerpräsident, dem niemand seinen guten Willen abstreitet, damit, den widerspenstigen Generalstabschef Nguyen Van Hinh abzusetzen. Dazu bekam er noch die Bewilli-

gung Bao Dais.

Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Weil der Ministerpräsident den korrupten Finanzagenten Bao Dais - irgendwie müssen die Spielchen ja finanziert werden - wegen Veruntreuung von 5 Millionen Piastern unter Anklage stellte, genießt Ngo Dinh Diem nicht mehr die exkaiserliche Sonne. Sie strahlt jetzt wieder einmal über den Sektenführern, die sich zum Sturz des Mannes, der Ordnung nach Vietnam bringen wollte, verbündet haben. Sie haben Bao Dai nach Saigon gerufen; es gäbe für diesen keinen Grund, dem Rufe nicht zu folgen, denn der Sektengeneral Le Van Vien verfügt gerade in Saigon über die Etablissements, die der Exmonarch so gern besucht. Nur soll er dort auch über den unbeliebt gewordenen Premier ohne Macht zu Gericht sitzen. Täte er es, könnten nicht einmal die Amerikaner etwas gegen einen Regierungswechsel machen, der ihren Plänen in Vietnam strikt zuwiderlaufen würde. Denn was soll allein aus den militärischen Plänen werden, eine neue Nationalarmee aufzustellen? Die Sektenheere wollen, wenn sie den Sieg über den Ministerpräsidenten erringen sollten, hinterher noch weniger gern nach Hause gehen als vorher.

Wenn es vor Wochen noch hieß, in Vietnam habe sich alles zum Besseren gewendet, so widersprechen die neuesten Vorgänge diesem Eindruck völlig. Die Spaltung im Innern des Landes, die zu der, durch die Genfer Entscheidung geschaffenen äußeren hinzukommt, ist größer denn je. Inzwischen rückt der Termin zur Aufgabe von Haiphong, der letzten Insel im roten Ho Tschí minh-Bereich, schnell heran. Auch klopfen schon die Wahlen an die Tür, die über die Einheit des ganzen Landes entscheiden sollen. In Kambodscha hat der SEATO-freundliche König Norodom Sihanouk unter dem Druck der kryptokommunistischen "Demokraten" abgedankt. Die laotischen Provinzen Sam Neua und Phong Saly sind bereits fest in der Hand der Vietninh, übrigens dank der tüchtigen Unterstützung der Waffenstillstandskommission. Insgesamt ist also eine Wendung zum Schlechteren eingetreten.

Kindergeld - Nöte

sp - Der seinerzeit vom CDU-Abgeordneten Kurt Schmücker vertretene Grundsatz: "Wir lassen uns auch nicht durch den größeren Sachverstand von unserer politischen Meinung abhalten", beginnt sich nunmehr nach Inkrafttreten der Kindergeld-Gesetze auszuwirken - wie zu erwarten war, werden Klagen über Klagen laut. Zur Erinnerung: Am 14. Oktober 1954 wurde das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familien-Ausgleichskassen, am 8. Dezember 1954 schließlich das Kindergeld-Anpassungsgesetz vom Bundestag nur mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU gegen alle anderen Fraktionen beschlossen.

Weil sie diese Klagen kommen sah, hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion schon Anfang Januar 1955 einen Kindergeld-Ergänzungsgesetz-Antrag eingebracht. Mit diesem Antrag war beabsichtigt, rückwirkend ab 1.1.1955 die Lücken des Kindergeld-Gesetzes und des Kindergeld-Anpassungsgesetzes zu schließen, nach denen weiten Kreisen sozial schwacher Schichten, wie Waldarbeitern, Hausschneiderinnen, Hausangestellten usw. das Kindergeld für jedes dritte und weitere Kind vorenthalten wird. Dieser Antrag wurde vom Sozialpolitischen-Ausschuss des Bundestages verworfen. Dafür wurde die Bundesregierung beauftragt, bis zum April dieses Jahres zu prüfen, welche Mängel noch bestehen, um diese dann in einem sogenannten Kindergeld-Schlußgesetz zu regeln. Wahrscheinlich kann man diesen Mängel aber nur mit Hilfe einer ganzen Reihe von Novellen zum Kindergeld-Gesetz zu Leibe rücken.

Am Beispiel eines Lagerflüchtlings

Wie unvollkommen das Kindergeldgesetz ist, soll nachfolgend am Beispiel eines zur Zeit im Lager untergebrachten Flüchtlings demonstriert werden:

Nach den Bestimmungen des Kindergeld-Anpassungsgesetzes wird anstelle der bisher aus der Arbeitslosenversicherung gezahlten Kindergeldzuschläge für jedes dritte und weitere Kind ein Kindergeld in Höhe von DM 25,- monatlich gezahlt. Das bedeutet, dass der betroffene arbeitslose Flüchtling nicht etwa DM 25,--, sondern effektiv nur den

Differenzbetrag zwischen dem bisherigen Familienzuschlag für Kinder und dem jetzt zu zahlenden Kindergeld erhält. Ein Vater von 6 Kindern, der in einem Flüchtlingslager untergebracht ist, erhielt monatlich DM 12,- pro Kind, also zusammen DM 72,- als Kindergeldzuschlag. Seit dem 1. Januar 1955 bekommt dieser Mann nunmehr für vier Kinder je DM 25,- (für die ersten zwei wird kein Kindergeld gezahlt), also insgesamt DM 100,-. Doch werden ihm jetzt für diese vier Kinder die Kindergeldzuschläge aus der Arbeitslosenunterstützung (4 mal 12 Mark) abgezogen, so dass er jetzt tatsächlich monatlich nur eine Einnahme für die Kinder von DM 52,- hat.

Nun mußte dieser Flüchtling bisher für seine achtköpfige Familie pro Kopf und Tag DM 0,20 an Verpflegungsgeld an die Lagerleitung zahlen. Obwohl es im Kindergeld-Anpassungsgesetz ausdrücklich heißt, dass der nach dem Kindergeldgesetz gezahlte Betrag kein "Einkommen, Verdienst oder Entgelt im Sinne der Sozialversicherung, sowie der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge" ist, wird nunmehr in der Praxis der Lagerverwaltungen das Kindergeld dem Gesamteinkommen des Betroffenen hinzugerechnet. (Nach den Verwaltungsbestimmungen ist der Anteil, den der Flüchtling für seine Verpflegung zu zahlen hat u.a. nach der Höhe seines Einkommens gestaffelt.) Er muß also nicht mehr wie bisher 20, sondern 80 - 90 Pfennige pro Kopf und Tag für die Verpflegung seiner Familie abführen. Das heißt, er muß, weil er das Kindergeld für jedes dritte und weitere Kind erhält, alle 10 Tage nicht mehr wie bisher DM 16,-, sondern 64,- DM bis 72,- DM zahlen! Seine Verpflegungskosten erhöhen sich also um DM 48,- bis DM 56,-, so dass ihm von den DM 52,- (100 weniger 4 x 12) im günstigsten Falle ganze DM 4,- übrigbleiben. Und das alles nur, weil ihm auf Grund des Kindergeld- und Kindergeld-Anpassungsgesetzes ein monatliches Kindergeld gezahlt wird - ein wahrhaft grotesker Zustand.

Es fragt sich sehr, ob nicht doch bei etwas mehr Sachverstand diese und viele andere inzwischen sichtbar gewordene Unsinnigkeiten durch entsprechende Formulierungen im Gesetzestext hätten vermieden werden können. Jedenfalls hat sich der leichtfertige Verzicht auf diesen Sachverstand schnell gerächt. * * *

Stolze FDP

g - "Die Freie Demokratische Partei ist stolz darauf, zum erstenmal in der deutschen Geschichte das Bild eines organisatorisch geschlossenen und in seinen Zielen geeinten politischen Liberalismus zu bieten". So schrieb am 17. März, der vor dem Bundesparteitag und den Landtagswahlen ins Land der Hoffnungen geflüchtete Parteikorrespondent der FDP.

Gewiß gibt es aufrechte Liberale, die trotz aller Wirrnisse der Koalitionspartnerschaft mit Dr. Adenauer und trotz aller koalitionsinternen Opposition fest zu den Zielen dessen stehen, was heute als Liberalismus - nicht nur in der FDP - deklariert werden kann. Aber nun auf den gegenwärtigen Grad der Geschlossenheit stolz zu sein, das ist freilich sehr bescheiden. Und geradezu rührend ist es, wenn die FDP bei der entrüsteten Ablehnung des Vorwurfs von sichtbaren "Spaltungstendenzen" nun erklärt, ihre Einheit und Geschlossenheit erwachse auf dem Boden freiheitlicher Meinungsbildung "ohne erzwungene Opfer des Intellekts und Unterdrückung abweichender Einzelauffassungen". Was haben in den letzten Jahren und speziell in den letzten 14 Tagen FDP-Männer an Opfern des Intellekts alles bringen müssen! Man tut ihnen nun wirklich unrecht, wenn man nicht einmal ihr Opfer anerkennt. Was ist es anderes als ein Opfer, wenn ein Abgeordneter vor dem Parlament die Verfassungswidrigkeit eines Vertrages feststellt und dann nicht seine Pflicht erfüllt, den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg der rechtlichen Klärung zu gehen?

Und mit der "Unterdrückung abweichender Einzelauffassungen" ist es bei der FDP auch so eine Sache. Was wurde, allerdings mit sehr liberalen und nahezu humanen Mitteln, nicht alles zwischen Bad-Ems und dem bevorstehenden Parteitreffen in Oldenburg unterdrückt! Wir meinen, die Freien Demokraten verkleinern ihre Fähigkeiten ohne zwingende Not, wenn sie nun vorgeben, ihre einmalige Geschlossenheit sei ihnen ohne "Opfer des Intellekts" und ohne das Hintenanstellen "abweichender Einzelauffassungen" in den Schoß gefallen. Sie haben sich das, was sie jetzt als Geschlossenheit präsentieren, doch mit großen Opfern redlich "verdient"---

Verantwortlich: Peter Raunau